

ERNST MORITZ ARNDT  
UNIVERSITÄT GREIFSWALD



**IKEM**  
Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität

# Wirtschaftliche Beteiligung von Bürgern und öffentlicher Hand an Onshore- Windprojekten – Rechtliche Fragen

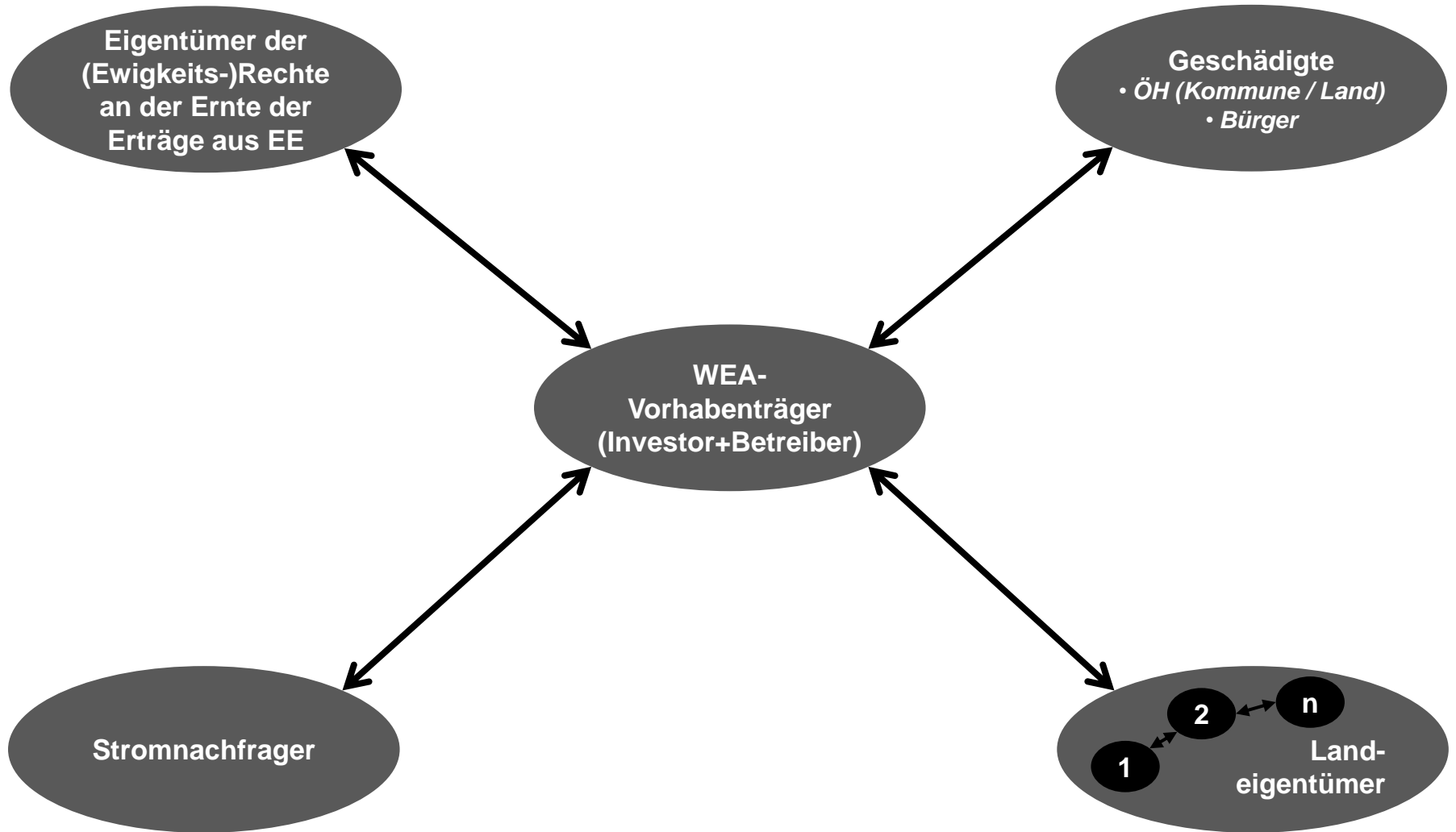
Prof. Dr. Michael Rodi

Workshop im IKEM

9. Februar 2017



- Steigerung der Akzeptanz
- Internalisierung externer Effekte: Fehler bei fossiler Energiegewinnung von Anfang an vermeiden!
- Kompensation Betroffener (Lärm und Landschaftsbild)
- Abschöpfung „ungerechtfertigter“ Renten?
- Anreiz für die Kommunen Vorranggebiete auszuweisen



- **Regulierung von privaten Rechtsbeziehungen**  
(Kompensationsmechanismen WEA/LE zu Geschädigten oder Zwangsbeteiligung oder Preisregulierung LE – WEA oder Abspaltung eines Rechts auf Windnutzung)
- **Integration in das Vergabeverfahren**
  - Ausschreibung bzw. Versteigerung
  - Dito mit Planung und Vorbereitung der Infrastruktur
  - Zeitliche Befristung mit Rückfall an Staat
- **Die öffentliche Hand als Vorhabenträger**  
(Kommunen oder staatliche Energiegesellschaften)
- **Abschöpfung durch Abgaben** (Belastung LE oder WEA)

Ansatz: WEA kompensieren betroffene Nachbarn

Verfassungsrecht: Art. 12 WEA – verhältnismäßige Ausgestaltung denkbar

Europarecht: keine Diskriminierung – unproblematisch

Bewertung:

- Nur denkbar in administrativer Umsetzung
- Betrifft nur einen Teilaspekt der Problemstellung – Beteiligung der Allgemeinheit an der Wertschöpfung bleibt ausgeblendet

Ansatz: Modell M-V nach dänischem Vorbild

Verfassungsrecht: erheblicher Eingriff in die Berufsfreiheit WEA –  
Rechtfertigung unter Aspekt „Akzeptanzsteigerung“ nicht  
unproblematisch

Europarecht: keine Diskriminierung – unproblematisch

Bewertung:

- Angemessene Ausgestaltung des Beteiligungsverhältnisses probl.
- Betrifft nur einen Teilaspekt der Problemstellung – keine umfassende Beteiligung an der Wertschöpfung

Ansatz: Pachteinnahmen der Landeigentümer werden beschränkt (z.B. 150% der bisherigen Einnahmemöglichkeit); ergänzend wohl ein Kontrahierungszwang nötig

Verfassungsrecht: erheblicher Eingriff in Eigentumsfreiheit LE - verhältnismäßige Ausgestaltung denkbar angesichts zentraler Stellung LE für Energiewende

Europarecht: keine Diskriminierung – unproblematisch

Bewertung:

- Isoliert wenig sinnvoll (Erhöhung Gewinne WEA)
- Wichtiges Element zur Ergänzung anderer Regelungsoptionen (s.u.)

Ansatz: Abspaltung des Rechts auf Windnutzung vom Grundeigentum – Entstehung eines eigenen Rechts

Verfassungsrecht: erheblicher Eingriff in Eigentumsfreiheit LE – rechtliche Unsicherheit, ob hier nicht finanzieller Ausgleich nötig (wohl nicht als entschädigungspflichtige Teilenteignung, aber als ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmung)

Europarecht: keine Diskriminierung – unproblematisch; zum int. Investitionsschutz Jelena Bäuml

Bewertung:

- Isoliert wenig sinnvoll, da als solches nicht gemeinschaftsdienlich
- Zuordnung zur öffentlichen Hand?
- Integration in „Abschöpfungsmodelle“?



Ansatz: Bundesländer (etwa Landesenergiegesellschaften) werden Vorhabenträger; Ausschreibung von Bau- und Wartungsarbeiten

- Weiterübertragung (durch Länder!) auf Kommunen denkbar
- Zusätzlich wohl Kontrahierungszwang und Preisregulierung LE nötig bzw. Übertragung von „Windernterechten“

Verfassungsrecht: Erheblicher Eingriff in Berufsfreiheit WEA (Berufswahlfreiheit?); fraglich, ob das zur Förderung eines überragend wichtigen Gemeinschaftsgutes zwingend erforderlich

Europarecht: öffentliche Unternehmen i.S.v. Art. 106 AEUV

Bewertung:

- pos. Bewertung aus institutionenökonomischer Sicht (Beckers/Ott)
- pol. Wille zur Umsetzung fraglich

Ansatz: Ausschreibung (bei Zuschussbedarf) oder Versteigerung von Winderntekonzessionen (Kombinationsverfahren denkbar)

- sinnvoll wohl nur temporäre Vergabe (20 Jahre?); Nachfolgeregelung wie § 46 EnWG oder Übergang auf den Staat?
- Kombination mit Preisregulierung und Kontrahierungszwang LE?
- evtl. infrastrukturelle Vorbereitung durch öff. Hand (wie Offshore)
- „Eintrittsrecht“ von Kommunen denkbar (Entschädigung WEA)
- Kombination mit „Kompensationsfonds“ denkbar (Finanzierung durch Steuergelder?)

Verfassungsrecht: Art. 12 WEA – verhältnism. Ausgestaltung denkbar

Europarecht: allenfalls Eintrittsrecht der Kommunen probl.; im Übrigen muss die Ausgestaltung der Konzessionierung diskriminierungsfrei sein

Bewertung: rechtlich gangbar; ökonomisch und politisch: tbd

Sonderabgaben		Steuern	
Ressourcen- nutzungsgebühr	Verleihungs- gebühr	Grundsteuer	Gewerbesteuer
Wind als Gegenstand eines öffentlichen Bewirtschaftungs- regimes?	Recht auf „Windernte“?	Hoher Steuersatz im Rahmen einer Flächen- nutzungssteuer	Verbesserung der Stellung der Standort- kommune
Dauerhafte Partizipation des Staates	Einmalige Partizipation des Staates	Dauerhafte Partizipation des Staates	Echte Abschöpfung kaum möglich

**Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!**

**IKEM**

Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität

Energiewende  
rechtssicher gestalten

Berlin

Magazinstraße 15-16  
10179 Berlin  
Tel.: +49 (0)30/4081870-10  
Fax: +49 (0)30/4081870-29  
[info@ikem-online.de](mailto:info@ikem-online.de)  
[www.ikem-online.de](http://www.ikem-online.de)

Greifswald

Domstraße 20a  
17487 Greifswald  
Tel.: +49 (0)3834 / 86-2101  
Fax: +49 (0)3834/86-2114  
[lsrodi@uni-greifswald.de](mailto:lsrodi@uni-greifswald.de)  
[www.ikem-online.de](http://www.ikem-online.de)



ERNST MORITZ ARNDT  
UNIVERSITÄT GREIFSWALD



**Prof. Dr. Michael Rodi**

Universität Greifswald

Lehrstuhl für Öffentliches Recht,  
Finanzrecht, Umwelt- und Energierecht